



23.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2024 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2025–2027

Budget de la Confédération 2024 assorti du plan intégré des tâches et des finances 2025–2027

Différences – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 07.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.12.23 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 21.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.12.23 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Wir behandeln den Antrag der Einigungskonferenz in einer einzigen Debatte. Der Ständerat hat die Anträge heute Morgen angenommen.

Guggisberg Lars (V, BE): Was legt uns die Einigungskonferenz vor? Die Einigungskonferenz präsentiert hier nicht einen faulen Kompromiss, sie präsentiert uns gar keinen Kompromiss. Wie Sie der Fahne entnehmen können, sind im Antrag der Einigungskonferenz lediglich Beschlüsse des Ständerates zu finden. Ich bitte Sie daher, diesen Antrag ganz klar abzulehnen. Der Antrag ist unausgewogen, einseitig, und er wird dem Wort "Einigung" in keiner Art und Weise gerecht.

Was tun Sie, wenn Sie diese Mogelpackung annehmen? Erstens schicken Sie Millionen Franken an Steuergebern ins Ungewisse, ungeachtet der Risiken, die bestehen, wenn eine Organisation Hass, Gewalt, Antisemitismus und Terror schürt. Sie schicken Geld an die UNRWA, bei der genau diese Zweifel bestehen, weil die Zweckbindung in der Einigungskonferenz entfernt wurde. Das heisst, der Bundesrat kann die 20 Millionen Franken an die UNRWA schicken. Genau das haben wir hier diskutiert, und wir haben klar entschieden, dass wir das nicht wollen.

Was tun Sie als Zweites, wenn Sie dieser Mogelpackung zustimmen? Sie sprechen sich in der Tendenz für Ausgaben ins Ausland aus, anstatt den Fokus auf die Schweiz zu legen. Sie werden nämlich 10 Millionen Franken mehr ins Ausland schicken, anstatt den Bahninfrastrukturfonds damit zu speisen. Der Bahninfrastrukturfonds wird um 10 Millionen Franken gekürzt.

Was machen Sie als Drittes, wenn Sie diesem faulen Kompromiss oder eben Nichtkompromiss zustimmen? Sie werden das Signal aussenden, dass Sie das Problem von überfüllten Fonds nicht angehen wollen. Sie schicken nämlich weiterhin 12,5 Millionen Franken in den Fonds für Regionalpolitik, einen Fonds, der total überfüllt ist, anstatt die 25 Millionen Franken zu kürzen.

All dies wäre schon bedenklich genug. Ich komme aber noch kurz zum Finanzplan und zu den geplanten Ausgaben für die Armee. Die Einigungskonferenz ignoriert, dass die Mehrheit des Ständerates und 97 Nationalrätinnen und Nationalräte hier in diesem Saal für eine Aufstockung gestimmt haben, um das Armeebudget bis ins Jahr 2030 auf 1 Prozent des BIP zu erhöhen. Ich muss feststellen: Die SVP-Fraktion ist die einzige





Fraktion, welche die Landesverteidigung innert nützlicher Frist auf Vordermann bringen will. Sie werden nachher hören, wie das Stimmenverhältnis in der Einigungskonferenz war. Es

AB 2023 N 2578 / BO 2023 N 2578

ist eine Tatsache, dass wir nicht zwölf Jahre lang, bis 2035, warten können, um unsere Landesverteidigung zum Schutz unserer Bevölkerung endlich auf ein anständiges Niveau zu heben.

Was tun Sie, wenn Sie diesem Antrag der Einigungskonferenz nicht zustimmen, wenn Sie ihren Antrag ablehnen? Erstens sind Sie konsequent. Sie zeigen Haltung, Sie zeigen Profil, Sie zeigen vor allem Rückgrat. Und Sie lassen sich nicht alles vom Ständerat diktieren. Zweitens zeigen Sie, dass Sie Ihre Meinung nicht einfach über Nacht ändern wie die Fahne die Richtung im Wind. Die Meinung im Nationalrat war nämlich klar. Bezüglich UNRWA haben 110 Parlamentarierinnen und Parlamentarier zugestimmt, davon 23 aus der Mitte-Fraktion, 22 aus der FDP-Fraktion. Bei der Regionalpolitik haben 142 Parlamentarierinnen und Parlamentarier gesagt, dass sie den Beitrag um 25 Millionen Franken kürzen wollen. 40 Stimmen stammten aus der SP- und 27 aus der FDP-Fraktion.

Zeigen Sie Rückgrat! Zeigen Sie Rückgrat und lehnen Sie diesen Antrag der Einigungskonferenz ab!

Wettstein Felix (G, SO): Zum Resultat der gestrigen Einigungskonferenz sagen wir Ja. Es ist in den umstrittenen Punkten relativ glimpflich ausgefallen, das heisst in unserem Sinn. Die Schweiz duckt sich nun nicht vollständig von den humanitären Verpflichtungen in Nahost weg, und im eigenen Land bleiben die Randregionen nicht ganz im Regen stehen. Das Budget als Ganzes können wir Grünen jedoch nicht befürworten. Es gibt dazu keine Abstimmung mehr. Als wir vor zwei Wochen erstmals den gesamten Voranschlag hier drin besprochen haben, haben die meisten von uns in der Gesamtabstimmung zum Bundesbeschluss la Nein gesagt. Der Fortgang der Beratung hat unsere Befürchtungen bestätigt und zum Teil noch vergrößert.

Nun sind diese Beratungen abgeschlossen, und unsere Bilanz lautet: Dieses Budget ist nicht unser Budget. Obwohl bereits der bundesrätliche Entwurf hart an der Schuldenbremse vorbeischrämte, wurde in beiden Räten ein grosser erraticer Block unverrückbar in den Raum gestellt: das Anwachsen der Rüstungsausgaben um 300 Millionen Franken in einem einzigen Jahr. Wir Grünen haben Anträge zum Budget eingereicht und gezeigt, wie man hier flexibler sein könnte. Wir haben gezeigt, dass im Pool der Armeeausgaben auch Gelder für ein gigantisches Informatikprogramm stecken, das gerade aus dem Ruder läuft. Wir hätten das noch rechtzeitig stoppen können, mit einer Kürzung um 80 Millionen Franken. Allein dieser Posten hätte uns Luft für fast alles andere verschafft.

Es war dieses Jahr eine unglaublich harzige Angelegenheit, ein Budget zu verabschieden, das den formellen Ansprüchen genügt, und das in einem Jahr, in welchem der Betrag, den es bräuchte, um schuldenbremsenkonform zu sein, noch überschaubar ist. Während den Verhandlungen fiel einige Male der Satz "So etwas habe ich noch nie erlebt", auch von erfahrenen Ratsmitgliedern. Mir wird mulmig, wenn ich mir die Verhandlung des Voranschlags 2025 plastisch vorstelle. Das wird nicht mehr mit Planungstricks, Fonds-Akrobatik oder Verbuchungsfantasie zu bewältigen sein.

Ich möchte daran erinnern, dass neben dem strukturellen Defizit von 2 Milliarden Franken im Jahr 2024 für die kommenden Jahre immer noch mit Überweisungen der Nationalbank gerechnet wird, mit 700 Millionen Franken jährlich. Diese sind übrigens auch im Voranschlag 2024 eingestellt, werden aber nächstes Jahr mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht eintreffen.

Wir leben in einer Phase der Multikrisen, weshalb wir uns vom Gedanken verabschieden müssen, Einsparungen tätigen zu können. Wir müssen den Elefanten im Raum beim Namen nennen. Wie kriegen wir es hin, die von Ihnen, liebe Bürgerliche, durchgeboxten massiven Mehrausgaben der Armee zu finanzieren, wenn wir gleichzeitig unerwartete, unplanbare Mehrkosten stemmen müssen, die durch neue Krisen ausgelöst werden, wenn wir gleichzeitig die Digitalisierung, die modernisierte Energieproduktion, den Ausbau der Infrastruktur, den Artenschutz und die Anpassungen an die Klimaerwärmung finanzieren müssen?

Wie machen wir es, wenn wir gleichzeitig irgendwie abwenden müssen, dass es zu noch viel einschneidenderen Kürzungsmassnahmen kommt, in Aufgabenfeldern, die auf der Bundesverfassung und auf Parlamentsbeschlüssen beruhen? Bleibt da noch etwas für eine gesunde, für eine solidarische Gesellschaft übrig, die in humanitärer Tradition einen wesentlichen Beitrag an Regionen leistet, welche unter Kriegen oder Umweltkatastrophen leiden? Schliesslich ist das für unser Land sicherheitsrelevant.

Es wird nötig sein, Einnahmenerhöhungen anzugehen, und zwar solche, die die bereits stark in ihrer Kaufkraft strapazierten Haushalte verschonen. Unsere Bundesverfassung enthält einen klaren Hinweis, wie dem zu begegnen ist: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist die Grundlage für die Bemessung der finanziellen Beteiligung an einem funktionierenden, prosperierenden Staat. Einen solchen brauchen wir, aber Ihre Austeritätspolitik be-



wirkt das pure Gegenteil.

Und dann müssen wir natürlich endlich das Problem unserer Schuldenbremse angehen. Sie ist wohl eine der rigidesten weltweit. Ohne Reform wird sie auch in den kommenden Jahren den Effekt haben, dass unsere Nettoverschuldung gemessen am BIP nicht etwa in der Balance bleibt, sondern laufend abnimmt. Das jedoch nimmt uns den dringend notwendigen Spielraum für Investitionen, die wir für die Infrastrukturen und Institutionen in einer unstillen Zukunft brauchen.

Wyss Sarah (S, BS): Die SP-Fraktion stimmt den Beschlüssen der Einigungskonferenz zu: zum einen dem Konzeptantrag auf Streichung von 10 Millionen Franken bei der Position "Humanitäre Aktionen", zum andern der Formulierung klarer Bedingungen im Bundesbeschluss Ib – Bedingungen, die einerseits die Auszahlung von Tranchen beinhalten und die aussenpolitischen Bedenken mit einbeziehen, mit denen wir aber andererseits auch sicherstellen möchten, dass die Gelder wirklich nur an die notleidende Zivilbevölkerung ausbezahlt werden.

Der Konzeptantrag hatte zur Folge, dass die Position "Neue Regionalpolitik" um 12,5 Millionen Franken gekürzt wurde; der Rest der Kürzungen erfolgte bei der Bahninfrastruktur. Das sind zwei Fonds.

Beim Bundesbeschluss II stimmen wir dem Beschluss der Einigungskonferenz ebenfalls zu. Dort ist man ja der Mehrheit des Nationalrates sowie dem Bundesrat gefolgt. Ich möchte einfach nochmals zwei Zahlen betonen: Wenn wir diese Einigung nicht gefunden hätten, hätten wir in den Jahren 2025 und 2027 einen weiteren Gap von 243 Millionen Franken bzw. 735 Millionen Franken gehabt, und dies, obwohl das Militär bereits jetzt, im aktuellen Finanzplan, eine Aufstockung von 300 Millionen Franken erhält.

Es ist nicht – ich habe das schon einmal gesagt – unser Budget und auch nicht unsere Finanzpolitik. Indem wir in dieser Session beim öffentlichen Verkehr den Fonds ausgedünnt, das Armeebudget um 300 Millionen Franken erhöht und eine Querschnittkürzung von 2 Prozent über alles, ohne die Armee und die Landwirtschaft, vorgenommen haben, ist eine Asymmetrie entstanden. So werden wir künftig die Finanzpolitik nicht gestalten können, ohne eine Politik auf dem Buckel der künftigen Generationen zu machen.

Wir haben dennoch, und das möchte ich auch sagen, einige Erfolge erzielen können: im regionalen Personenverkehr, bei der Biodiversität und beim Schutz der religiösen Minderheiten. All diese kleinen Dinge sind wichtig, aber reichen nicht für eine solide Finanzpolitik.

Wir werden uns im nächsten Jahr hoffentlich gemeinsam dafür einsetzen können, dass wir nicht eine "Pflasterlipolitik" betreiben, dass wir nicht einige Millionen Franken aus einem Fonds nehmen und diesen damit ausdünnen. Das können wir einmal, aber nicht jedes Jahr machen. Wir brauchen die Investitionen in die Infrastruktur, in den Klimaschutz und in die Kaufkraft. Dafür werden wir uns einsetzen.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch bei allen bedanken, die hier mitgearbeitet haben, und bin froh, dass wir zumindest am Schluss mit der Einigungskonferenz Schlimmeres verhindern konnten.

AB 2023 N 2579 / BO 2023 N 2579

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Die grünliberale Fraktion und die Mitte-Fraktion unterstützen den Antrag der Einigungskonferenz.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ihnen liegt jetzt das Ergebnis der Einigungskonferenz vor. Ich bitte Sie namens des Bundesrates, der Mehrheit der Einigungskonferenz zu folgen und das Ergebnis gutzuheissen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei den Mitgliedern der Finanzkommissionen beider Räte und bei Ihnen allen dafür, dass man sich – es ist nicht immer ganz einfach – über weite Strecken zusammengerauft hat und dass es gelingt, ein schuldenbremsenkonformes Budget zu verabschieden.

Nicolet Jacques (V, VD), pour la commission: Les délégations des Commissions des finances se sont réunies en conférence de conciliation hier, mercredi 20 décembre, en présence de Mme la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter et de l'administration, afin d'examiner les cinq dernières divergences au budget 2024 après les trois examens par chacun des deux conseils.

La conférence de conciliation, composée de deux fois treize membres des Commissions des finances des deux chambres, a été saisie d'une proposition de traiter les trois divergences de l'arrêté fédéral Ia et la divergence de l'arrêté fédéral Ib dans un concept unique, puis la dernière divergence séparément. Pour rappel, en définitive, une seule proposition par objet doit émaner de la conférence de conciliation, proposition que l'on accepte ou que l'on rejette.

La discussion a d'abord porté sur l'arrêté fédéral Ib, "Conditions-cadres de l'utilisation des crédits". A la position 202.A231.0332, "Actions humanitaires", une nouvelle rédaction des conditions-cadres, que vous trouvez



en page C2 du dépliant, a été formulée. Elle impose le financement par tranche de l'aide humanitaire pour le Proche-Orient, les Commissions de politique extérieure des deux conseils devant être consultées avant le versement. Le Conseil fédéral s'assure de son côté que les moyens financiers, y compris les crédits supplémentaires, profitent exclusivement à la population civile du Proche-Orient dans le besoin.

Reprenons les trois divergences concernant l'arrêté fédéral Ia et la proposition qui vise, dans les trois cas, à revenir à la version adoptée par le Conseil des Etats lors du troisième débat.

Concernant le Département fédéral des affaires étrangères, à la position 202.A231.0332, "Actions humanitaires", le Conseil national avait décidé par trois fois de couper les 20 millions de francs annuels destinés à l'agence de l'ONU pour la Palestine, l'UNRWA. Le Conseil des Etats avait décidé par deux fois de soutenir le montant de 428,653 millions de francs, tel que le prévoyait le Conseil fédéral. Puis, lors du troisième examen, il a proposé une diminution de 10 millions de francs, soit la moitié du montant annuel versé à l'ONU pour la Palestine.

Au Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche, plus précisément au Secrétariat d'Etat à l'économie, position 704.A231.0208, "Nouvelle politique régionale", notre conseil avait décidé par trois fois de supprimer, pour une année, les 25 millions de francs alloués au fonds de développement régional, fonds qui est doté de plus de 1 milliard de francs. Le Conseil des Etats avait décidé par deux fois de diminuer de 50 pour cent, soit de 12,5 millions de francs, l'apport au fonds.

Pour le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication, à l'Office fédéral des transports, les deux conseils ont, lors de chaque examen, validé des montants différents à la position 802.A236.0110, "Apport au fonds d'infrastructure ferroviaire"; les derniers montants étant une réduction de 38 millions de francs au Conseil des Etats et de 36 millions pour notre conseil.

Au moment du vote, la conférence de conciliation a décidé, par 19 voix contre 7, de soutenir la proposition de ralliement à la décision du Conseil des Etats, soit de réduire de 10 millions le montant alloué aux actions humanitaires avec de nouvelles conditions, de 12,477 millions le montant alloué à la nouvelle politique régionale et de 38 millions le montant alloué au fonds d'infrastructure ferroviaire, le FIF.

Une minorité Friedli Esther/Guggisberg demande de rejeter la proposition de la conférence de conciliation.

Dans le plan financier 2025–2027, au Département de la défense, de la protection de la population et des sports, le Conseil des Etats avait décidé par trois fois de majorer, à échéance de 2030 au lieu de 2035, le 1 pour cent du PIB aux dépenses militaires. Le Conseil national avait décidé par trois fois d'en rester au montant initial du budget, selon proposition du Conseil fédéral. La conférence de conciliation vous propose d'en rester au montant initial du Conseil fédéral.

Le rejet des propositions de la conférence de conciliation, selon l'article 94 de la loi sur le Parlement, implique de retenir le plus faible montant adopté par l'un des conseils en troisième lecture.

Le rejet de la proposition de la conférence de conciliation sur l'arrêté fédéral Ia conduirait à la suppression de 25 millions de francs de l'apport au fonds pour la Nouvelle politique régionale, à la réduction de 20 millions dans l'aide humanitaire, et serait sans conséquences sur la réduction du versement au FIF.

La majorité de la conférence de conciliation vous propose d'accepter cette proposition, par 19 voix contre 7. Le Conseil des Etats, de son côté, a soutenu cette proposition, par 31 voix contre 12 et 2 abstentions.

La minorité Friedli Esther/Guggisberg, vous l'avez entendu, propose de rejeter cette proposition.

Le rejet de la proposition de la conférence de conciliation sur l'arrêté fédéral Ib conduirait à l'abandon de toutes les conditions-cadres de l'octroi des crédits adoptés dans ce budget. Cela veut dire que les montants prévus, par exemple, pour la promotion des ventes du vin ou les mesures de protection des troupeaux seraient accordés, mais ne seraient plus soumis à la condition d'affectation voulue par le Parlement.

La conférence de conciliation vous propose d'accepter sa proposition. Le Conseil des Etats a soutenu cette proposition, par 33 voix contre 11 et 0 abstention. Aucune proposition de minorité n'a été déposée sur ce sujet. Le rejet de la proposition de la conférence de conciliation sur le plan financier pour les années 2025 à 2027 serait sans conséquence, sachant que les deux positions portent sur le refus de confier un mandat au Conseil fédéral.

La conférence de conciliation vous propose d'accepter sa proposition. Aucune proposition de minorité n'a été déposée.

Giacometti Anna (RL, GR), für die Kommission: Gestern fand die Einigungskonferenz in Anwesenheit von Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter statt. Im Falle eines Einigungsantrages kommen für die drei Bundesbeschlüsse Ia, Ib und II unterschiedliche Verfahren zur Anwendung:

Der Bundesbeschluss Ia über den Voranschlag für das Jahr 2024 muss zustande kommen, ansonsten fehlen dem Bundesrat die finanziellen Ressourcen für die Ausübung der von der Rechtsordnung vorgesehenen Auf-



gaben. Im Parlamentsgesetz ist eine spezielle Lösung vorgesehen: So gilt der tiefere Betrag aus der dritten Beratung als angenommen, falls der Einigungsantrag zum Bundesbeschluss Ia in einem Rat verworfen wird. Beim Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2024 gilt das normale Verfahren nach Artikel 93 Absatz 2 des Parlamentsgesetzes. Wird der Einigungsantrag in den Räten verworfen, so wird der Bundesbeschluss Ib abgeschrieben. Es entfallen auch alle Änderungen, über welche die Räte bereits übereinstimmende Beschlüsse gefasst haben. Es gelten in diesem Fall die vom Bundesrat in der Budgetbotschaft vorgesehenen Planungsgrössen, und es werden keine Rahmenbedingungen der Kreditverwendung verabschiedet. Eine Ablehnung hätte somit zur Folge, dass unter anderem die Rahmenbedingungen der Kreditverwendung für den Pflanzenschutz, für die Tierzucht, für die Förderung des Absatzes von Schweizer Wein, für die Produktion von Zuckerrüben und für die Herdenschutzmassnahmen aus dem Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2024 entfernt würden.

AB 2023 N 2580 / BO 2023 N 2580

Die Einigungskonferenz, bestehend aus Mitgliedern der beiden Finanzkommissionen, hat die noch bestehenden Differenzen zwischen den Räten ausführlich diskutiert und anschliessend einen Konzeptantrag angenommen. Dieser lautet folgendermassen: Bei der Position "Humanitäre Aktionen" des EDA wird einer Kürzung um 10 Millionen Franken und bei der Position "Neue Regionalpolitik" des Staatssekretariates für Wirtschaft einer Kürzung der Einlage in den Fonds in Höhe von 12,477 Millionen Franken zugestimmt. Diese Beträge entsprechen den Beschlüssen des Ständerates. Konsequenterweise wurde bei der Einlage in den Bahninfrastrukturfonds ebenfalls der Betrag gemäss Ständeratsbeschluss genehmigt. Im Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2024 wurden bei der Position "Humanitäre Aktionen" folgende Rahmenbedingungen beschlossen: Die Beiträge für die humanitäre Hilfe für den Nahen Osten werden in Tranchen ausbezahlt. Die Aussenpolitischen Kommissionen der Bundesversammlung werden vor der Auszahlung konsultiert. Der Bundesrat stellt sicher, dass die finanziellen Mittel, inklusive der Nachtragskredite, ausschliesslich der notleidenden Zivilbevölkerung im Nahen Osten zugutekommen. Dieser Konzeptantrag wurde in der Einigungskonferenz mit 19 zu 7 Stimmen angenommen. Die Minderheit Guggisberg empfiehlt die Ablehnung des Bundesbeschlusses Ia über den Voranschlag für das Jahr 2024.

Wir kommen zum Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2025–2027. Beim Bundesbeschluss II über den Finanzplan kommt die besondere Differenzregelung gemäss Artikel 94a ParlG zur Anwendung. Die Einigungskonferenz stellt keinen Einigungsantrag, der alle Differenzen gesamthaft bereinigt, sondern zu jeder Differenz einen separaten Antrag. Die Folge einer Ablehnung ist nicht die Abschreibung des gesamten Finanzplanes, sondern die Streichung der betreffenden Bestimmung.

Im Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2025–2027 musste die Einigungskonferenz lediglich über eine Position entscheiden. Es geht dabei um die Armeeausgaben: Die Einigungskonferenz hat mit 17 zu 9 Stimmen beschlossen, den Beschluss des Nationalrates – gemäss Entwurf des Bundesrates – zu unterstützen. Der Ständerat hat heute Morgen den drei Bundesbeschlüssen Ia, Ib und II zugestimmt. Im Namen der Einigungskonferenz bitte ich Sie, die drei Bundesbeschlüsse ebenfalls zu genehmigen.

Ich komme zum Schluss und möchte mich ganz herzlich beim Bundesrat, insbesondere bei Bundesrätin Karin Keller-Sutter, bei der Eidgenössischen Finanzverwaltung, beim Sekretariat der Finanzkommissionen für die kompetente Unterstützung und bei den Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission für die gute Zusammenarbeit bedanken. Vielen Dank!

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten**1. Budget des unités administratives****Departement für auswärtige Angelegenheiten****Département des affaires étrangères***202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten**202 Département fédéral des affaires étrangères**Antrag der Einigungskonferenz**Mehrheit**A231.0332 Humanitäre Aktionen**Fr. 418 652 900*



Minderheit

(Friedli Esther, Guggisberg, Bürgi Roman, Götte, Nicolet, Stark, Stettler)

A231.0332 Humanitäre Aktionen

Ablehnung des Antrages der Einigungskonferenz

Proposition de la conférence de conciliation

Majorité

A231.0332 Actions humanitaires

Fr. 418 652 900

Minorité

(Friedli Esther, Guggisberg, Bürgi Roman, Götte, Nicolet, Stark, Stettler)

A231.0332 Actions humanitaires

Rejeter la proposition de la conférence de conciliation

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Département de l'économie, de la formation et de la recherche

704 Staatssekretariat für Wirtschaft

704 Secrétariat d'Etat à l'économie

Antrag der Einigungskonferenz

Mehrheit

A231.0208 Neue Regionalpolitik

Fr. 12 477 000

Minderheit

(Friedli Esther, Guggisberg, Bürgi Roman, Götte, Nicolet, Stark, Stettler)

A231.0208 Neue Regionalpolitik

Ablehnung des Antrages der Einigungskonferenz

Proposition de la conférence de conciliation

Majorité

A231.0208 Nouvelle politique régionale

Fr. 12 477 000

Minorité

(Friedli Esther, Guggisberg, Bürgi Roman, Götte, Nicolet, Stark, Stettler)

A231.0208 Nouvelle politique régionale

Rejeter la proposition de la conférence de conciliation

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

802 Bundesamt für Verkehr

802 Office fédéral des transports

Antrag der Einigungskonferenz

Mehrheit

A236.0110 Einlage Bahninfrastrukturfonds

Fr. 5 907 620 200



Minderheit

(Friedli Esther, Guggisberg, Bürgi Roman, Götte, Nicolet, Stark, Stettler)

A236.0110 Einlage Bahninfrastrukturfonds

Ablehnung des Antrages der Einigungskonferenz

Proposition de la conférence de conciliation

Majorité

A236.0110 Apport au fonds d'infrastructure ferroviaire

Fr. 5 907 620 200

Minorité

(Friedli Esther, Guggisberg, Bürgi Roman, Götte, Nicolet, Stark, Stettler)

A236.0110 Apport au fonds d'infrastructure ferroviaire

Rejeter la proposition de la conférence de conciliation

AB 2023 N 2581 / BO 2023 N 2581

2. Bundesbeschluss la über den Voranschlag für das Jahr 2024

2. Arrêté fédéral la concernant le budget pour l'année 2024

Art. 1 Abs. 2

Antrag der Einigungskonferenz

a. ... 83 845 192 500 Franken;

...

c. ... -305 070 100 Franken.

Art. 1 al. 2

Proposition de la conférence de conciliation

a. ... 83 845 192 500 francs;

...

c. ... -305 070 100 francs.

Art. 3 Abs. 3

Antrag der Einigungskonferenz

... auf 85 707 042 900 Franken. Sie unterschreiten die höchstzulässigen Ausgaben gemäss Absatz 2 um 320 298 Franken.

Art. 3 al. 3

Proposition de la conférence de conciliation

... à 85 707 042 900 francs. Elles sont inférieures de 320 298 francs au plafond des dépenses autorisées fixé à l'alinéa 2.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 23.041/28009)

Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 85 Stimmen

(0 Enthaltungen)



3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2024 **3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2024**

Anhang 2 – Annexe 2

Departement für auswärtige Angelegenheiten **Département des affaires étrangères**

202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
202 Département fédéral des affaires étrangères

Antrag der Einigungskonferenz

A231.0332 Humanitäre Aktionen

Die Beiträge für die humanitäre Hilfe für den Nahen Osten werden in Tranchen ausbezahlt. Die Aussenpolitischen Kommissionen der Bundesversammlung werden vor der Auszahlung konsultiert. Der Bundesrat stellt sicher, dass die finanziellen Mittel, inkl. Nachtragskredite, ausschliesslich der notleidenden Zivilbevölkerung im Nahen Osten zugutekommen.

Proposition de la conférence de conciliation

A231.0332 Actions humanitaires

Les contributions à l'aide humanitaire pour le Proche-Orient sont versées en tranches. Les Commissions de politique extérieure de l'Assemblée fédérale sont consultées avant le versement. Le Conseil fédéral s'assure que les moyens financiers, y compris les crédits supplémentaires, profitent exclusivement à la population civile du Proche-Orient dans le besoin.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 23.041/28010)

Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 168 Stimmen

Dagegen ... 27 Stimmen

(1 Enthaltung)

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Noch 15 Sekunden Menschlichkeit: Vergessen Sie nicht, Frau Bundesrätin Keller-Sutter morgen zu ihrem schönen Geburtstag zu gratulieren! (*Beifall*)

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2025–2027 **4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2025–2027**

Art. 2 Bst. i

Antrag der Einigungskonferenz

i. Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Armeeausgaben

2025: Fr. 5 898 000 000

2026: Fr. 6 138 000 000

2027: Fr. 6 524 000 000

Art. 2 let. i

Proposition de la conférence de conciliation

i. Département de la défense, de la protection de la population et des sports
Dépenses militaires

2025: Fr. 5 898 000 000

2026: Fr. 6 138 000 000

2027: Fr. 6 524 000 000



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Wintersession 2023 • Zwölfte Sitzung • 21.12.23 • 08h00 • 23.041
Conseil national • Session d'hiver 2023 • Douzième séance • 21.12.23 • 08h00 • 23.041



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 23.041/28011)

Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 115 Stimmen

Dagegen ... 78 Stimmen

(1 Enthaltung)

Präsident (Nussbaumer Eric, Präsident): Der Antrag der Einigungskonferenz ist von beiden Räten angenommen worden. Die Vorlagen sind somit definitiv angenommen.

Schluss der Sitzung um 12.10 Uhr

La séance est levée à 12 h 10

AB 2023 N 2582 / BO 2023 N 2582

